

# Eine Welt-Politik in Bayern.

## Position der SPD-Fraktion im Bayerischen Landtag

*Dr. Simone Strohmayr*



Bangladesch ist im Jahr 2013 zum traurigen Symbol für menschenunwürdige Produktionsweisen in der so genannten Dritten Welt geworden. Mehr als 1000 Menschen, die meisten von ihnen Frauen, sind in den Trümmern der eingestürzten Textilfabriken gestorben. Die Verantwortlichen, darunter der Besitzer des Gebäudes und leitende Mitarbeiter mehrerer Textilfirmen, sind zum Teil bereits festgenommen. Zugleich hat das Unglück in den westlichen Industrienationen eine neue Debatte über die Arbeitsbedingungen in Schwellenländern wie Indien angestoßen.

Nachdem bekannt geworden ist, dass auch Zulieferer deutscher Textilunternehmen Kleidung in den betroffenen Fabriken in Bangladesch herstellen ließen, stellen sich viele Bürgerinnen und Bürger jetzt verstärkt die Frage: „Woher kommt meine Kleidung und wie wird sie produziert?“ Teuer, das ist wahr, muss nicht immer besser sein. Umgekehrt ist aber billig meistens nicht fair. Wenn Menschen wie in Bangladesch für eine Handvoll Reis ihr Leben aufs Spiel setzen, damit wir uns im reichen Westen ein paar Euro sparen und Manager das dicke Gehalt kassieren, können wir nicht einfach das Loblied „Geiz ist geil“ anstimmen. Wer als Produzent einzig und allein die Gesetze des Weltmarktes und des Profits befolgt, ist Teil eines ausbeuterischen Systems. Und wer derartigen Produzenten Waren abnimmt, fördert die Ausbeutung.

Gleichwohl – das will ich nicht verleugnen – ist es für die meisten Verbraucher schwer, ständig auf ihr Gewissen zu hören und der großen Auswahl an Billigkleidung, die sich optisch inzwischen sehr cool und trendig präsentiert, zu widerstehen. Außerdem lassen auch Hersteller teurer Markenbekleidung oft in Schwellenländern produzieren. Man sollte ferner berücksichtigen, dass der sofortige komplette Verzicht auf diese Waren möglicherweise mit dem Wegbrechen eines ganzen Industriezweiges und tausender von Arbeitsplätzen in den Herstellerländern verbunden ist, wodurch diese Länder in noch größere Not geraten würden. Solange es noch genügend Schlupflöcher für international tätige Unternehmen gibt, wollen solche Schritte gut überlegt sein.

### 1. Sozial- und Umweltstandards weltweit etablieren

Ich meine deshalb, wir müssen uns der globalen Zusammenhänge bewusst werden und Sozial- und Umweltstandards, wie wir sie im heutigen Bayern kennen und noch verbessern könnten, weltweit etablieren. Unser eigenes Kaufverhalten trägt dazu bei ebenso wie die Berichterstattung in den Medien. Beides erhöht den Druck auf die Unternehmen, wird allein aber nicht ausreichen. Man muss auf einer größeren Ebene einwirken. Ein bedeutsamer Schritt in diese Richtung ist das an einem Gericht in den Heimatländern der Konzerne einklagbare Bangladesch-Abkommen, das zwar nicht alle, aber doch eine gute Anzahl führender Handelskonzerne der Textilbranche unterzeichnet haben. Ziel ist, in Bangladesch ebenso wie in anderen Regionen die gleich hohen Standards an Produktionsbedingungen, Brandschutz und Gebäudesicherheit zu gewährleisten.

Leider sind die Unternehmen daran nur für fünf Jahre gebunden. Das Positive am Abkommen ist aber, dass anders als bei anderen Initiativen viele verschiedene Akteure, darunter auch Branchenriesen, mit örtlichen und internationalen Gewerkschaften, der internationalen Arbeitsorganisation (ILO) der Uno, der angesehenen deutschen Gesellschaft für Internationale Zusammenarbeit (GIZ) und den Textilunternehmen selbst zusammenarbeiten. Somit wächst der Druck auf die dortige Regierung, die auch schon reagiert hat. Erstmals werden in der Textil-Industrie nun unabhängige Gewerkschaften zugelassen. Bislang war für einen Zusammenschluss der Arbeiterinnen und Arbeiter die Zustimmung des Fabrikbesitzers notwendig. Es wäre schön, wenn uns aus dem bayerischen Parlament ebenfalls ein Anstoß gelänge wie damals, als wir den gemeinsamen Antrag aller Fraktionen zur Vermeidung des Erwerbs von Produkten aus ausbeuterischer Kinderar-

beit im Bereich des öffentlichen Beschaffungswesens verabschieden konnten.

Wichtige Pionierarbeit auf diesem Gebiet leistet schon jetzt der so genannte „Runde Tisch Bayern: Sozial- und Umweltstandards bei Unternehmen“.<sup>1</sup> Inzwischen haben sich auch das Bay. Sozialministerium und die Vereinigung der Bayerischen Wirtschaft daran beteiligt, was sehr erfreulich ist.

Was das eigene Konsumverhalten betrifft: Auf dem Lebensmittelsektor hat sich in Sachen Fairtrade inzwischen sehr viel getan. Die Fairtrade-Verkäufe stiegen im Jahr 2012 insgesamt in Deutschland um rund ein Drittel auf einen Wert von 533 Millionen Euro, berichtet Transfair. Die mit einem Siegel gekennzeichneten Produkte seien seit 2012 flächendeckend im Lebensmittel Einzelhandel erhältlich, nachdem sie auch der Discounter Aldi und die Drogeriemarktkette dm ins Regal genommen hätten.

## 2. Den Fairen Handel weiter stärken

Dennoch handelt es sich nach wie vor um Nischenprodukte, die noch bekannter gemacht werden müssen. Aus diesem Grund habe ich vor Kurzem zusammen mit der Arbeiterwohlfahrt ein Frühstück für die breite Öffentlichkeit veranstaltet, bei dem verschiedenste Lebensmittel aus dem fairen Handel probiert und gekauft werden konnten. Daran schloss sich ein großes Rahmenprogramm für die ganze Familie an (inklusive Malaktion „Hand in Hand für die Völker dieser Erde“, siehe Bild), bei dem natürlich auch Informationen über den fairen Handel weitergegeben wurden. Ich habe mich sehr über die gute Resonanz dieser Aktion gefreut. Das zeigt mir: Es gibt Interesse, es muss nur noch mehr geweckt werden. Dabei soll es darum gehen, Menschen davon zu überzeugen, verantwortungsbewusster einzukaufen. Es ist schon sehr viel erreicht, wenn noch mehr Menschen in der inzwischen stark angewachsenen Fairtrade-Palette Produkte, die ihnen gefallen, finden und kaufen würden. Eine Nachahmung einer solchen Frühstücks-Aktion, die übrigens von Transfair durch ausgezeichnetes Kampagnen-Material unterstützt wird, kann ich folglich nur empfehlen.



<sup>1</sup> <http://www.eineweltnetzwerkbayern.de/globalisierung-von-sozial-und-umweltstandards/sozial-und-umweltstandards-bei-unternehmen.shtml>

Wenige Tage nach meiner Aktion habe ich eine sehr gut frequentierte Modenschau mit fair gehandelter Kleidung besucht. Der Schau war ein interessantes Theaterstück („Das Ding“), das den weltweiten Weg einer Wollfaser vor Augen führte, vorausgegangen. Unterstützt wurde diese bemerkenswerte Aktion, bei der Unterhaltung und Aufklärung bestens harmonierten, durch eine Reihe lokaler Akteure, denen ich nochmals mein großes Lob und meinen Dank ausspreche. Denn es sind genau solche Bündnisse – auch das Eine Welt Netzwerk Bayern gehört dazu –, die den am grünen Tisch besprochenen Eine Welt-Themen Leben einhauchen, die wichtige Lobbyarbeit leisten, damit nachhaltiger Konsum, globale Gerechtigkeit oder der Schutz der natürlichen Lebensgrundlagen besser ins Bewusstsein einer breiten Öffentlichkeit dringen.

### 3. Die Maßnahmen der Bayerischen Staatsregierung effizienter gestalten

Damit sind wir bei der Frage angelangt: Was leistet eigentlich die Politik in Bayern derzeit und was sollte sie in Zukunft tun? Besonders schade ist zum Beispiel, dass sich Bayern – im Gegensatz zu anderen Bundesländern – nicht am bundesweiten PromotorInnenprogramm zur Förderung der Eine Welt-Arbeit beteiligt. Auf diesem Gebiet Wissen zu vermitteln, die Handlungsbereitschaft in der Gesellschaft zu wecken und Netzwerke zu initiieren bzw. zu fördern, gehört meines Erachtens zu den wesentlichen Staatsaufgaben. Insgesamt fehlt es den bayerischen Bestrebungen an Transparenz und an einer erkennbaren Strategie. Da beispielsweise die Mittel auf verschiedene Haushalte verteilt sind, ist es schwierig festzustellen, wie viel Geld der Freistaat für welche Form der Entwicklungszusammenarbeit zur Verfügung stellt. Auch sind die Ziele der Entwicklungszusammenarbeit nicht erkennbar, wenn man von der Wirtschaftsförderung für bayerische Unternehmen absieht.

Um die Effizienz sämtlicher entwicklungspolitischer Bestrebungen zu erhöhen, ist es aus meiner Sicht daher notwendig, die Maßnahmen des Freistaats strategisch zu bündeln und Klarheit zu schaffen. Das betrifft auch die Zuständigkeiten. Deswegen haben sich alle Fraktionen im Europaausschuss gewünscht, künftig die Gesamtkoordination der Eine Welt-Arbeit durch die Bayerische Staatskanzlei vorzunehmen.

Drei überfraktionelle Antragsinitiativen haben im Bayerischen Landtag die Überarbeitung der Grundsätze der bayerischen Entwicklungspolitik aus

dem Jahr 1992, regelmäßige Berichterstattung über die Eine Welt-Politik sowie klare Zuständigkeiten in der Staatsregierung gefordert. Es darf als großer Erfolg gewertet werden, dass diese drei Initiativen im April 2011 im hierfür federführenden Ausschuss für Bundes- und Europaangelegenheiten einstimmig verabschiedet werden konnten. Gefreut habe ich mich auch, dass mir zugesagt wurde, dass die Umsetzung transparent und unter Einbeziehung des Parlaments erfolgen solle. Die SPD-Fraktion hatte sich in diesem Bereich allerdings noch mehr gewünscht. Ein Gesetz mit klaren Regeln und Zielen in der Eine Welt-Politik hätte aus unserer Sicht noch mehr Transparenz gebracht. Ebenso wäre auf diese Weise die Beteiligung des Parlaments auf ein noch festeres Fundament gestellt worden. Meine Sorge beruht auf einer langjährigen praktischen Erfahrung: Ich bin seit acht Jahren entwicklungspolitische Sprecherin der SPD und kann mich – abgesehen von einigen Diskussionen, bei denen es um die Vermeidung von Produkten aus ausbeuterischer Kinderarbeit ging – an keine Debatte im Parlament erinnern. Genau das würde ich mir aber wünschen. Das ist man dem Thema schuldig.

Inzwischen liegt die Überarbeitung der Grundsätze der bayerischen Entwicklungspolitik vor. Ich darf eines gleich vorwegnehmen: Der von uns empfohlene Passus zur Einhaltung anerkannter Sozial- und Umweltstandards, zum Verbot von Benachteiligungen aufgrund von Rasse, Geschlecht, Religion, Weltanschauung und Alter und zu den Prinzipien der guten Regierungsführung, insbesondere Demokratie und Rechtsstaatlichkeit, wurden von der Staatsregierung leider nicht ins Kapitel „Ziele“ aufgenommen.

Gestrichen wurde ferner unsere Forderung nach Förderung von Globalem Lernen in Bayern und nach Überprüfung der eigenen Politik hinsichtlich ihrer Auswirkungen auf so genannte Entwicklungsländer, um im eigenen Handeln eine Vorbildfunktion einnehmen zu können. Stattdessen werden die wirtschaftlichen Interessen Bayerns überbetont.

Der Landtag hatte zudem gefordert, dass die in Kapitel 4 genannten Handlungsfelder bei der Formulierung der Kriterien für die Projektauswahl einfließen müssen. Das hat die Staatsregierung ignoriert. Eine Erweiterung der Handlungsfelder um Punkte, wie zum Beispiel Ausbau des Fairen Handels oder Förderung genossenschaftlicher Wirtschaftsstrukturen in den Partnerländern, wurde abgelehnt. Wir hatten auch gefordert: „In Kantinen staatlicher Einrichtungen sind Produkte aus Fairem Handel, ökologischer und regionaler Produktion zukünftig selbstverständlicher Bestandteil.“ Abge-

lehnt! In den bayerischen Landkreisen ist man zum Teil schon sehr viel weiter. So habe ich im Landkreis Augsburg als Kreisrätin dazu beitragen können, dass wir einen solchen Antrag bezogen auf die Einrichtungen des Landkreises überparteilich verabschieden konnten.

Die Begriffe „Transparenz“ und „Kohärenz“ sind weiterhin unter den Prinzipien nicht zu finden. Stattdessen hat man das Prinzip „Nachhaltigkeit“ weit nach hinten gerückt. Und was das Engagement der Zivilgesellschaft betrifft, so soll es nach dem Willen der Staatsregierung künftig nicht mehr gefördert, sondern nur noch „anerkannt und begrüßt“ werden.

Für mich ist klar: Den „großen Wurf“ hat die Staatsregierung mit dieser Überarbeitung nicht gelandet. Der Wortlaut bleibt weit hinter den Forderungen zurück, wie wir Sozialdemokraten sie sogar per Gesetz vertreten hätten. Ich erkenne in der Überarbeitung insgesamt mehr Rückschritte als Fortschritte. Es bleibt nun die Stellungnahme des Europaausschusses, die leider zum Redaktionsschluss dieses Handbuchs noch nicht vorlag, abzuwarten. Wir Sozialdemokraten werden nicht locker lassen und unsere Vorstellungen einbringen. Es ist wichtig, sich zu wehren.

Wehrhaft zeigen sich auch die Arbeiternehmerinnen und -nehmer nach dem Unglück in Bangladesch. So berichtete die „Financial Times“, dass „hundert von Bekleidungsfabriken in Bangladesch, die westliche Käufer beliefern, allmählich unter schwerem Polizeischutz wieder öffneten ... nach tagelangen gewalttätigen Protesten zehntausender Arbeiter, die höhere Löhne verlangten.“ Ich hoffe jedoch, dass solche Entwicklungen den Frieden nicht gefährden. Statt auf Gewalt setze ich auf eine nachhaltige Eine Welt-Politik mit einem entsprechenden Dialog zwischen den verschiedenen Akteuren. Das ist Friedensarbeit in seiner konkretesten Form.

Weitere Details zur SPD-Entwicklungspolitik sind über das „Forum Eine Welt“ der SPD abzurufen.<sup>2</sup> Es berät in allen Fragen der Globalisierung, Friedens- und Entwicklungspolitik.

---

<sup>2</sup> [http://www.spd.de/spd\\_organisationen/internationalepolitik/Forum\\_Eine\\_Welt](http://www.spd.de/spd_organisationen/internationalepolitik/Forum_Eine_Welt)